

Landesrat Achleitner: Bundeseinheitliche Daten bestätigen Oberösterreichs nachhaltige Raumordnungspolitik ganz klar
Wirtschafts- und Raumordnungs-Landesrat Markus Achleitner: „Boden schützen & Zukunft ermöglichen – Oberösterreich als Wirtschaftsbundesland Nr. 1 zeigt vor, wie die Nutzung des Raumes sinnvoll geordnet werden kann“

„Oberösterreich weist im Bundesland den zweithöchsten Rückgang der Flächeninanspruchnahme pro Einwohner auf, dazu den zweitstärksten Rückgang der Baulandreserven und ist das drittsparsamste Bundesland bei der Flächeninanspruchnahme im Dauersiedlungsraum. Diese aktuellen Daten, die das Umweltbundesamt im Auftrag der Österreichischen Raumordnungskonferenz erhoben hat, bestätigen ganz eindeutig, dass die nachhaltige Raumordnungspolitik, die in Oberösterreich umgesetzt wird, wirkt“, stellte Wirtschafts- und Raumordnungs-Landesrat Markus Achleitner in der heutigen Budgetdebatte im OÖ. Landtag fest. „*Unser Weg ist klar, wir schützen unsere wertvollen Bodenressourcen, aber wir ermöglichen auch eine positive Weiterentwicklung unseres Landes: Das heißt, Gründerinnen und Gründer sollen in Oberösterreich Unternehmen gründen können, Betriebe sollen sich bei uns ansiedeln oder erweitern können und junge Familien sollen Wohnraum schaffen können. Dazu stehen wir und die bundeseinheitlichen Daten des Umweltbundesamtes beweisen, dass dieser nachhaltige Weg auch richtig ist*“, unterstrich Landesrat Achleitner.

Weiters erinnerte Landesrat Achleitner daran, dass auf Initiative Oberösterreichs Ende Februar 2024 in Linz die erste gesamtösterreichische Raumordnungs-Tagung stattgefunden hat, mit allen Verantwortungsträgern, die in Österreich für die Raumordnung fachlich zuständig sind, also den Raumordnungs-Landesräten und -Landesrätinnen der Bundesländer sowie Städtebund und Gemeindebund. Dabei wurde die bis dahin bestehende Blockade durch das damalige Klimaministerium durchbrochen und einstimmig die „Österreichische Bodenstrategie“ beschlossen, die von der Österreichischen

Raumordnungskonferenz (ÖROK) erarbeitet worden war. Zu den wesentlichen Umsetzungsmaßnahmen dieser Bodenstrategie zählt ein einheitliches Monitoring der Flächeninanspruchnahme in Österreich und den Bundesländern durch das Umweltbundesamt im Auftrag der ÖROK: „*Damit gibt es jetzt objektive und bundesweit einheitliche Zahlen, Daten und Fakten, die auch die Behauptungen mancher NGOs ganz klar widerlegen*“, hebt Landesrat Achleitner hervor.

Das Anfang Dezember veröffentlichte Flächenmonitoring der ÖROK zeigt, dass die Flächeninanspruchnahme pro Einwohner in Oberösterreich von 2022 bis 2025 um 5,1 m² pro Einwohner zurückgegangen ist. Das ist nach Wien mit -5,7 m² der zweithöchste Rückgang im Bundesländervergleich. Ebenso verzeichnete Oberösterreich nach Niederösterreich den zweitstärksten Rückgang bei Baulandreserven: Seit 2022 konnten 550 ha an Baulandreserven in Nutzung gebracht werden. Mit 15,71 % Anteil am Dauersiedlungsraum weist Oberösterreich auch 2025 die dritt niedrigste Flächeninanspruchnahme im Dauersiedlungsraum im Bundesländervergleich auf, ebenso wie bereits 2022. Damit liegt Oberösterreich auch klar unter dem Österreich-Schnitt von 17,44 %. „*Dies ist umso bemerkenswerter, als Oberösterreich nicht nur das zweithöchste Bevölkerungswachstum aller Bundesländer aufweist, sondern zugleich auch das Wirtschafts- und Industriebundesland Nr. 1 der Republik ist. Daher brauchen bei uns die Menschen Platz zum Wohnen und die Betriebe Raum für Ansiedlungen und Erweiterungen, damit Arbeitsplätze und Wertschöpfung entstehen bzw. gesichert werden können*“, unterstrich Landesrat Achleitner.

„*Diese Zahlen bestätigen weiters, dass unsere Gemeinderäte und Bürgermeister/innen ihrer Verantwortung beim sorgsamen Umgang mit unseren wertvollen Bodenflächen gerecht werden. So arbeiten bereits 300 Gemeinden in Interkommunalen Betriebsbaugebieten zusammen, denn nicht jede Gemeinde kann jede Aufgabe erfüllen, sondern es soll gemeinsam festgelegt werden, wo z.B. sinnvollerweise Betriebe angesiedelt werden sollen, ohne dass es einen Wettlauf um Kommunalsteuereinnahmen gibt*“, erklärte Landesrat Achleitner.